



Nr. 17

28. April 2022

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Faeser stellt Programm vor

[Silberbach zur Digitalisierung der Verwaltung:
„Wir brauchen endlich konkrete Taten“](#)

Prävention von Unfällen und Berufskrankheiten

[Arbeits- und Gesundheitsschutz braucht höheren Stellenwert](#)

Rechtsanspruch ab dem Jahr 2026

[Ganztagsbetreuung in der Grundschule:
Umfassende Konzepte erforderlich](#)

dbb senioren

[Hauptversammlung für Pflegepersonengeld](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Versorgungsunterstützungsgesetz gefordert](#)

Niedersachsen

[Stringentes Handeln im Bildungsbereich erforderlich](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage: Gesetzentwurf liegt vor](#)

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR)

[Lehrerbildung soll „endlich aus dem Schattendasein“](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Faerer stellt Programm vor **Silberbach zur Digitalisierung der Verwaltung: „Wir brauchen endlich konkrete Taten“**

Bundesinnenministerin Nancy Faerer hat am 28. April 2022 ihr Digitalprogramm vorgestellt. Der dbb mahnt zu schnellem Handeln.

In dem Programm mit dem Titel „Digitales Deutschland – Souverän. Sicher. Bürgerzentriert.“ stehen mit digitalen Verwaltungsleistungen, Staatsmodernisierung, Cybersicherheitsarchitektur, Daten und digitaler Souveränität fünf thematische Bereiche im Fokus. Das zwölfseitige Papier enthält eine Aufgabenliste, die durch den Koalitionsvertrag vorgegeben wurde und nun bis zum Ende der Legislaturperiode abgearbeitet werden soll. „Das Programm enthält für uns keine Überraschungen, ist aber eine klare To-Do-Liste für die Ampel-Regierung. Das ist gut. Uns ist aber wichtig, dass nun in allen genannten Bereichen endlich konkrete Taten folgen. Wir müssen einfach auch mal machen, statt immer nur Pläne zu schreiben. Die Erwartungen der Bevölkerung als auch der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sind immens, dass endlich Fortschritte bei der Digitalisierung der Verwaltung erzielt werden.“

Mit Blick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), das Bund, Länder und Gemeinden verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten, erklärte der dbb Chef: „Mittlerweile ist jedem klar, dass das nicht mehr fristgerecht bis zum Jahresende klappen kann. Wir haben immer gefordert, dass eine Priorisierung stattfinden muss, damit wenigstens die wichtigsten und am häufigsten genutzten Leistungen rechtzeitig und in hoher Qualität bereitgestellt werden können. Daher begrüßen wir es sehr, dass sich dieser Punkt im Digitalprogramm wiederfindet und nun Leistungen primär anhand des Nutzerbedarfs umgesetzt werden sollen. Bedauerlich ist hingegen, dass nicht konkreter festgelegt wurde, wer in welchem Umfang nach dem Jahr 2022 für den Betrieb und die Wartung der im OZG-Rahmen entwickelten Leistungen finanziell aufkommen wird.“

Prävention von Unfällen und Berufskrankheiten **Arbeits- und Gesundheitsschutz braucht höheren Stellenwert**

Zum Welttag für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit hat der dbb dazu aufgerufen, die zuständigen Arbeitsschutzbehörden sachgerecht auszustatten.

„Arbeits- und Gesundheitsschutz wird leider immer noch zu oft als reiner Kostenfaktor oder gar lästige Pflicht gesehen. Hier braucht es einen echten Mentalitätswandel, denn Vorkehrungen gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten sind nicht nur für die einzelnen Beschäftigten von enormer Bedeutung, sondern beispielsweise ebenso volkswirtschaftlich relevant. Auch der Staat muss dem Thema endlich wieder einen höheren Stellenwert geben. Arbeitsschutzbehörden und die gesetzlichen Unfallversicherungsträger müssen personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren vielseitigen Kontroll-, Informations- und Beratungsaufgaben gerecht werden können“, mahnte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 28. April 2022.

Darüber hinaus müsse der Arbeits- und Gesundheitsschutz an die weitreichenden Veränderungen im Berufsalltag vieler Menschen an-

gepasst werden. „Viele denken bei der Arbeitssicherheit zuerst an Schutzausrüstung und Warnhinweise auf Baustellen oder in der Industrie. Aber beispielsweise bringen auch Mobiles Arbeiten oder Homeoffice in einem Bürojob neben vielen Chancen auch einige Risiken mit sich. So kann etwa die Entgrenzung zwischen Arbeit und Privatleben ein Faktor bei der Entstehung von psychischen Erkrankungen sein – ein immer größeres Problem, das ebenfalls endlich ernstgenommen werden muss.“

Die BTB - Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im dbb unterstrich ebenfalls die Notwendigkeit einer strukturell besseren Personalausstattung der Arbeitsschutzverwaltungen und der Unfallversicherungsträger. Der BTB Bundesvorsitzende Jan Georg Seidel erklärte: „Der letzte Bericht der Bundesregierung über die Sicherheit und den Gesundheitsschutz bei der Arbeit für das Jahr 2020 macht ein Vollzugsdefizit deutlich. Im Jahr 2020 lagen

die Betriebskontrollen der Arbeitsschutzbehörden mit bundesweit 127.768 bei über 3,474 Millionen Betrieben auf einem absoluten Tiefstand. Dies bedeutet, dass nur in 3,74 Prozent der Unternehmen die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen durch den Arbeitsschutz überprüft worden sind. Dies war im Jahr 2000 noch anders. Damals wurden 521.523 Betriebskontrollen von den Arbeitsschutzverwaltungen der Länder durchgeführt. Die Ursache für den massiven Rückgang an Betriebsprüfungen liegt auf der Hand: Im Jahr 2000 gab es

bundesweit 4.268 Staatliche Arbeitsschützer und im Jahr 2020 gab es nur noch 1.490 Staatliche Arbeitsschützer“.

Hintergrund:

Der „World Day for Safety and Health at Work“ wurde von der Internationale Arbeitsorganisation (ILO), einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, ins Leben gerufen. Er wird jährlich am 28. April begangen, um die Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten weltweit zu fördern.

Rechtsanspruch ab dem Jahr 2026

Ganztagsbetreuung in der Grundschule: Umfassende Konzepte erforderlich

Ab dem Jahr 2026 greift der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Dafür müssen jetzt dringend die Weichen richtig gestellt werden, mahnt der dbb.

„Der Rechtsanspruch erfordert klare Kompetenzzuweisungen und ein kluges Zusammenspiel der betroffenen Akteure. Insbesondere ist ein stimmiges Verhältnis der Kinder und Jugendhilfe, als letztverantwortliche Instanz für die Umsetzung, und dem Schulrecht notwendig, um bundesweit einheitliche Qualitätsstandards sicherzustellen“, stellte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 26. April 2022 mit Blick auf die regulatorischen Herausforderungen klar. „Ein regelmäßiger Austausch aller Beteiligten ist für einen reibungslosen Ablauf unabdingbar. Daher empfehlen wir die Einrichtung eines begleitenden Expertengremiums, welches Bund, Länder, Kommunen, Träger, Verbände und Gewerkschaften sowie Eltern umfasst und den regelmäßigen Austausch ermöglicht.“

Notwendig seien darüber hinaus bundesweit einheitliche Qualitätsstandards, erklärte die

stellvertretende Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, Sandra van Heemskerck: „Nur wenn diese auf einem entsprechenden Niveau definiert sind, kann die Ganztagsbetreuung dem an sie gerichteten pädagogischen Anspruch und den Anforderungen hinsichtlich sozialer und regionaler Chancengerechtigkeit gerecht werden. Letztlich geht es darum, ein ganzheitliches Verständnis von Bildung, Erziehung und Betreuung zu etablieren. Dafür bedarf es auch umfassender pädagogischer, personeller und nicht zuletzt räumlicher Konzepte. Gerade mit Blick auf den Personalmangel bei den Lehrkräften, den Erzieherinnen und Erziehern sowie in der Sozialen Arbeit müssen jetzt dringend Lösungen entwickelt werden, denn die Personalsituation ist bereits heute alarmierend.“

dbb senioren

Hauptversammlung für Pflegepersonengeld

Auf der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung haben die Delegierten am 26. April 2022 in Berlin die Weichen für die künftige seniorenpolitische Agenda des dbb gestellt

Mit mehr als 60 Anträge werden sich die dbb Senioren an den Gewerkschaftstag des dbb wenden, der im November 2022 stattfindet. „Die konstruktive und detaillierte Diskussion dokumentiert das große Interesse der älteren Generation, sich aktiv und kritisch in die Politik einzumischen und die Gesellschaft zu gestalten“, freute sich der Vorsitzende der dbb senioren Horst Günther Klitzing. In diesem Zusammenhang streben die dbb Senioren auch einen beratenden Sitz in der Bundesleitung des dbb an.

Neben originären Forderungen wie denen nach einer flexiblen Gestaltung des Eintritts in

den Ruhestand, nach monetären Verbesserungen in der Rente und nach dem Erhalt des Niveaus in der Versorgung der Beamtinnen und Beamten versteht sich die dbb bundesseniorvertretung auch als gesellschaftspolitische Kraft. „Dass wir für ein Pflegepersonengeld als Pendant zum Elterngeld und die Verbesserung der Anerkennung von Pflegezeiten pflegender Angehöriger in Rente und Pension eintreten, spiegelt diese Selbstverständnis wider“, so Klitzing. „Eine wichtige Säule unseres Pflegesystems sind die pflegenden Angehörigen, deren Leistung für Familie und Gesellschaft ebenso hoch bewertet werden muss wie die Kindererziehung. Und dennoch macht Pflege arm. Finanzielle, personelle und organisatorische Verbesserungen in der Pflege sind daher unabdingbar“, unterstrich Klitzing weiter. Dafür

seien keine zinslosen Darlehen für pflegende Angehörige sinnvoll, sondern ein steuerfinanziertes Pflegepersonengeld. „Die Entscheidung für Kinder treffen wir selbst. Auf die Pflegebedürftigkeit von Angehörigen haben wir dagegen keinen Einfluss.“

Der Bundesvorsitzende des dbb Ulrich Silberbach betonte in seinem Grußwort die Wertschätzung des dbb für die Arbeit der Seniorinnen und Senioren und hob hervor, dass seniorenpolitische Belange im dbb immer mitgedacht werden. Das zeige sich unter anderem in zahlreichen gemeinsam auf den Weg gebrachten politischen Vorstößen. Zuletzt hatten dbb und dbb Senioren die Bundesregierung aufgefordert, Ruheständler ins Energieentlastungspaket aufzunehmen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Versorgungsunterstützungsgesetz gefordert

Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten hat die Bundesregierung eine massive Rentenanpassung beschlossen. Der DBB NRW fordert, dass auch Pensionärinnen und Pensionäre endlich unterstützt werden.

Konkret erfolgt zum 1. Juli 2022 mit 5,35 Prozent im Westen die – laut Aussage des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales – höchste Rentenanhebung seit 40 Jahren. Im Osten fällt sie mit 6,12 Prozent sogar noch höher aus. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude, mahnte am 26. April 2022 an, dass die Beamtinnen und Beamten im Ruhestand ebenso unter der Preisspirale leiden. Sie gingen allerdings bislang leer aus. Staude: „Die Pensionärinnen und Pensionäre mussten bei den Tarifabschlüssen im November 2021 eine 14-monatige Nullrunde hinnehmen. Das war schon eine bittere Pille.“ Doch seitdem habe sich die Lage noch einmal ganz dramatisch verschlechtert. „Die Kosten wachsen den Menschen inzwischen über den Kopf. Diesen neuen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss die Politik nun gerecht werden. Es kann nicht sein, dass die Pensionärinnen und Pensionäre des öffentlichen Dienstes erneut außen vor bleiben.“

Staude kritisiert in diesem Zusammenhang auch die von der Ampel-Regierung geplante Energiepauschale. Denn diese bringe wieder keine Entlastung für Pensionärinnen und Pensionäre, da sie nur einkommensteuerpflichtige Erwerbstätige berücksichtige. Faktisch sei das eine weitere Nullrunde für Ruheständler, die diese nicht verdient hätten. „Jetzt ist es an der Zeit, ganz konkret etwas für die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu tun“, so Staude. „Wir fordern deshalb ein Versorgungsunterstützungsgesetz.“ Von der künftigen NRW-Landesregierung erwarte der DBB NRW, dass dieses Thema ganz oben auf der Tagesordnung der ersten ordentlichen Sitzung des Landtags stehe. „Dieses Gesetz soll gewährleisten, dass zumindest die kriegs- und krisenbedingten Mehrbelastungen des Jahres 2022 ausgeglichen werden: und zwar kurzfristig. Und dann hoffen wir alle sehr, dass diese schweren Zeiten bald schon überwunden sind.“

Niedersachsen

Stringentes Handeln im Bildungsbereich erforderlich

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion (NBB) und die dort organisierten Bildungsgewerkschaften haben von der Landesregierung eine bessere Bildungspolitik gefordert.

Die Gewerkschafter machten am 26. April 2022 deutlich, dass die Corona-Pandemie die vorhandenen Mängel im Bildungssystem zum einen verstärkt und zum anderen noch offensichtlicher gemacht hat. Das zeige sich in erschreckender Weise in der aktuell schlechtesten Unterrichtsversorgung in Niedersachsen seit fast 20 Jahren mit nur noch 97,4 Prozent.

NBB Chef Alexander Zimbehl betonte zudem die Herausforderung an den öffentlichen Dienst insgesamt und besonders den Bildungsbereich durch die Betreuung von Geflüchteten aus der Ukraine. Insgesamt sei daher unter anderem eine deutlich bessere Personalausstattung notwendig.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage: Gesetzentwurf liegt vor

Die bei der dbb Jahrestagung im Januar von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angekündigte Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage nimmt konkrete Formen an. Es liege nun die Entwurfsfassung eines entsprechenden Gesetzes vor, teilte der BDZ am 27. April 2022 mit.

Der BDZ setze sich seit langer Zeit gemeinsam mit der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) sowie dem dbb als Dachverband für die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage ein. Der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes zeigte sich daher zufrieden, dass die jahrelangen Initiativen erfolgreich waren: „Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die physische und verbale Gewalt gegen Zöllnerinnen und Zöllner insbesondere in den Kontrolleinheiten Jahr für Jahr zunimmt die und die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage gefordert, um den enormen Belastungen der Vollzugskräfte Rechnung zu tragen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird nun ein wichtiger Schritt zur Umsetzung unserer Forderungen gemacht.“

Der Entwurf sieht vor, dass sich die künftigen Versorgungsbezüge der Beamtinnen und Be-

amtinnen in vollzugspolizeilichen geprägten Bereichen der Zollverwaltung um bis zu 160 Euro erhöhen werden. Einbezogen werden sollen auch diejenigen Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, die zwischen der Abschaffung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage und vor Inkrafttreten der Neuregelung in den Ruhestand versetzt worden sind. Die Polizeizulage war von 1990 bis 1998 ruhegehaltfähig. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 wurde unter anderem die Ruhegehaltfähigkeit von Stellszulagen grundsätzlich aufgehoben. Unter Berücksichtigung entsprechender Übergangsregelungen für zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Versorgungsreformgesetzes 1998 vorhandene Beamtinnen und Beamte sowie Soldatinnen und Soldaten endete die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage beim Bund mit Ablauf des Jahres 2007, für Empfängerinnen und Empfänger von Dienstbezügen der Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 mit Ablauf des Jahres 2010.

Verband Deutscher Realschullehrer (VDR) Lehrerbildung soll „endlich aus dem Schattendasein“

„An den Universitäten muss die Lehrerbildung endlich aus dem Schattendasein des geduldeten Studienganges heraus!“ Das hat der VDR Bundesvorsitzende und dbb Vize Jürgen Böhm am 22. April 2022 gefordert.

Viele sähen den Lehramtsstudiengang immer noch als lästiges Anhängsel. Das liege häufig an der geringen Attraktivität des Berufes, an den teilweise überzogenen verwaltungsbezogenen, sozialen und vor allem erzieherischen Anforderungen an die Lehrkräfte und an der ewigen Diskussion über Beamtenstatus und Einstiegsbesoldung. „Die wichtigsten Kriterien sind jedoch die über Jahre heruntergefahrte Qualität der Ausbildung und der Status der Lehrkräftebildung an den Universitäten. Die 2015 gestartete Qualitätsoffensive Lehrkräftebildung war finanziell und inhaltlich gesehen, gelinde gesagt, ein Witz“, so Böhm.

„Viele leistungsstarke Abiturienten scheuen den Lehrberuf, da die Orientierung an Leistung in den vergangenen Jahren an den Schulen zunehmend in den Hintergrund gedrängt

wurde. Übertrittsbedingungen wurden eingegeben, über die Rolle von Noten wurde immer mehr diskutiert und Schulen mutierten zur Reparaturwerkstatt der Gesellschaft. An Schulstrukturen wurde über Jahre herumexperimentiert. Statt Bildung und Inhalte standen oft ‚pädagogische Spielwiesen und ideologische Steckenpferde‘ im Mittelpunkt“, kritisierte der VDR Chef. Ein klares Abschlussprofil der Schulen sei oft nicht mehr erkennbar: Einheitsschulen und der Drang nach „Abitur für alle“ wirkten eher abschreckend auf junge Menschen. Es gebe keine fassbaren Strukturen mehr, die Sicherheit und klare Linien bieten. Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Lehramt erschienen für junge Menschen oft begrenzt. Beförderungsmöglichkeiten müssten als Anreiz aber auch im Schulbereich selbstverständlich sein.

Namen und Nachrichten

Die Beschäftigten im niedersächsischen Maßregelvollzug warten weiter auf die Pflegezulage. Zwar sieht die Landes-CDU nun auch in ihrem Regierungsprogramm dringenden Handlungsbedarf in der Pflege, weigert sich aber bislang beharrlich, in dieser Sache tätig zu werden, obwohl sie es könnte. „Alles heiße Luft?“, fragt **dbb** Vize und Tarifvorstand Volker Geyer am 25. April 2022 mit Blick auf das nunmehr vorliegende Regierungsprogramm der niedersächsischen CDU zur Landtagswahl im Oktober. Die CDU verschreibe sich darin der „guten Pflege“ und sehe dringenden Handlungsbedarf, die Arbeitsbedingungen dort zu verbessern. Die zentrale Frage sei, fasst Geyer aus dem Programm zusammen, „ob es gelingen wird, in Zukunft ausreichend Personal zu finden, das geeignet, motiviert und flexibel zugleich ist. Die Antwort darauf wird entscheidend davon mitbestimmt werden, welche Maßnahmen die Politik ergreift.“ Genau daran müsse man die Politik auch jetzt schon messen, fordert der dbb Tarifchef: „Schon jetzt könnte CDU-Finanzminister Reinhold Hilbers dafür sorgen, dass die Pflegekräfte im niedersächsischen Maßregelvollzug genauso behan-

delt werden wie andere Pflegekräfte in Universitätskliniken. Aber er zögert immer weiter, die 140 Euro Pflegezulage endlich auch hier zu zahlen. Warme Worte in Partei- oder Regierungsprogrammtexten helfen uns da nicht weiter!“, kritisiert Geyer. Vor diesem Hintergrund erscheine das von der CDU vorgelegte Programm wenig glaubhaft, „wenn schon aktuell keine Verbesserungen eingeführt werden. Wo liegt das Problem, alle Pflegekräfte – egal ob im Uniklinikum oder im Maßregelvollzug – gleich zu behandeln?“

Der **dbb Hessen** hat den Rücktritt von Peter Feldmann als Oberbürgermeister von Frankfurt am Main gefordert. Hintergrund ist der Vorwurf der Vorteilsnahme, der zuletzt in einer Durchsichtung von Feldmanns Büro durch die Polizei geführt hatte. „Das Verhalten des Oberbürgermeisters fügt nicht nur der Stadt Frankfurt enormen Schaden zu“, sagte dbb Landeschef Heini Schmitt am 27. April 2022. „Zugleich schadet es massiv auch dem Ansehen von öffentlichen Verwaltungen und Behörden.“ Neben einer schnellen, lückenlosen und transparenten juristischen Aufarbeitung des Falls sei es insbesondere wichtig, dass Feldmann ein

entsprechendes Signal sende. „Zwar ist es sein Recht, weiterhin zu schweigen oder die

Vorwürfe in Abrede zu stellen. Aber der Verbleib im Amt ist angesichts der Gesamtumstände nicht hinnehmbar“, so Schmitt.

Termine:

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue
